Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, den 02.04.2014, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:Vorsitzende/r

Herr Bürgermeister Rudi Bertram

Verwaltung

stellv. Vorsitzende/r

Frau 1. stellv. Bürgermeisterin Helen Weidenhaupt

SPD

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Wilhelm Broschk

SPD

Herr Ratsmitglied Jakob Bündgen

SPD

Frau Ratsmitglied Nicole Dickmeis

SPD

Herr Ratsmitglied Peter Gartzen

SPD

Herr Fraktionsvorsitzender Leo Gehlen

SPD

Herr Ratsmitglied Stefan Kämmerling

SPD

Herr Ratsmitglied Peter Kendziora

SPD

Frau Ratsmitglied Kristina Klinkenberg

SPD

Frau Ratsmitglied Angelika Köhler

SPD

Herr Ratsmitglied Ottmar Krauthausen

SPD

Frau Fraktionsvorsitzende Nadine Leonhardt

SPD

Herr Ratsmitglied Oliver Liebchen

SPD

Frau Ratsmitglied Edeltraud Lindner

SPD

Herr Ratsmitglied Stephan Löhmann

SPD

Frau Ratsmitglied Monika Medic

SPD

Frau Ratsmitglied Claudia Moll

SPD

Frau Ratsmitglied Brigitte Priem

SPD

Herr Ratsmitglied Martin Scholz

SPD

Herr Ratsmitglied Dietmar Schultheis

SPD

Herr Ratsmitglied Achim Schyns

SPD

Herr Ratsmitglied Frank Wagner

SPD

Frau Ratsmitglied Angelika Werner

SPD

Frau Ratsmitglied Angelika Zimmermann

SPD

Frau Ratsmitglied Agnes Zollorsch

SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Frau Ratsmitglied Ute Casel

CDU

Frau Ratsmitglied Pia Dondorf

CDU

Herr Ratsmitglied Marc Engelhardt

CDU

Frau Ratsmitglied Renée Grafen

CDU

Herr Ratsmitglied Thomas Graff

CDU

Herr 2. stellv. Bürgermeister Manfred Groß

CDU

Herr Ratsmitglied Dr. Christoph Herzog

CDU

Herr Ratsmitglied Frank Kortz

ab 17:45 Uhr; TOP 4

CDU

Herr Ratsmitglied Wilfried Maus

CDU

Frau Ratsmitglied Maria Mund

ab 17:45 Uhr; TOP 4

CDU

Herr Ratsmitglied Wolfgang Peters

CDU

Herr Ratsmitglied Bernd Schmitz

CDU

Ratsmitglieder FDP-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Ulrich Göbbels	FDP
Herr Ratsmitglied Hans-Jürgen Krieger	FDP
Herr Ratsmitglied Konstantin Theuer	FDP
Herr Ratsmitglied Volker Willms	FDP

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Fraktionsvorsitzender Franz-Dieter Pieta	GRÜNE
Frau Ratsmitglied Gabriele Pieta	GRÜNE
Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell	GRÜNE

Ratsmitglieder UWG-Fraktion

Herr Ratsmitglied Hubert Müller	UWG
Herr Fraktionsvorsitzender Erich Spies	UWG
Herr Ratsmitglied Manfred Waltermann	UWG

Ratsmitglied DIE LINKE

Herr Ratsmitglied Albert Borchardt	Die LINKE
------------------------------------	-----------

Ratsmitglieder FPU-Fraktion

Herr Rudi E. Lennartz	Piratenpartei
Herr Ratsmitglied Wolfram Stolz	FPU

von der Verwaltung

Frau Marie-Antoinette Breil	Verwaltung
Frau Gabi Brettnacher	Verwaltung
Herr Leo Breuer	Verwaltung
Herr Hermann Gödde	Verwaltung
Herr Helmut Gühsgen	Verwaltung
Herr Dr.-Ing. Bernd Hartlich	Verwaltung
Frau Sandra Hunscheidt-Fink	Verwaltung
Herr Stefan Kaefer	Verwaltung
Herr Dieter Kamp	Verwaltung
Herr Manfred Knollmann	Verwaltung
Frau Bettina Merx	Verwaltung
Herr Edmund Müller	Verwaltung
Herr Heinz Rehahn	Verwaltung

Schriftführer/in

Frau Lisa Jahn	Verwaltung
Frau Andrea Schneiders	Verwaltung

Bgm. Bertram eröffnete die Sitzung des Stadtrates um 17.30 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Bgm. Bertram stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Stadtrates sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Stadtrates gegeben sei.

RM Schmitz beantragte, den Tagesordnungspunkt 10 „Resolution „Stoppt TTIP“, Antrag von Ratsmitglied Borchardt, Die Linke“ abzusetzen. Dieser Antrag wurde bei 34 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, FPU, Linke, RM Spies, RM Müller und Bgm. Bertram) und 14 Ja-Stimmen (CDU, FDP) und einer Enthaltung (RM Waltermann) mehrheitlich abgelehnt.

RM Pieta beantragte, den Tagesordnungspunkt 18 „Abschluss eines Stromkonzessionsvertrages, Bewertungsmatrix“ in den öffentlichen Teil zu verschieben. Dieser Antrag wurde bei 37 Nein-Stimmen (SPD, CDU, RM Theuer und Bgm. Bertram) und 12 Ja-Stimmen (UWG, Linke, Grüne, FPU, RM Göbbels, RM Krieger, RM Willms) und mehrheitlich abgelehnt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

1	Fragestunde für Einwohner	
2	Genehmigung einer Niederschrift	
3	Planungsangelegenheiten	
3.1	1. Änderung des Bebauungsplans 263 – Ringofengelände -, hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	092/14
3.2	Bebauungsplan 198 – Südlich Grünewaldstraße -, hier: Ergebnis der erneuten öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	098/14
3.3	8. Änderung des Bebauungsplans 35 - Lenzenfeldchen -, hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	101/14
4	Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet 277 – Siedlung Wilhelminenstraße –	102/14
5	Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Gemarkung Kinzweiler, Flur 35, Nr. 41 tlw.; hier: Satzungsbeschluss	115/14
6	Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Einschränkung der Nachtruhe anlässlich der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2014	129/14
7	Fortbestand des Vereins für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V. (VABW)	139/14
8	Änderung in der Geschäftsführung der Strukturförderung Eschweiler Verwaltungs-GmbH	133/14
9	Prüffähiger Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Eschweiler zum 31.12.2013	135/14
10	Resolution "Stoppt TTIP"; hier: Antrag von Ratsmitglied Borchardt, Die Linke	137/14
11	Resolution zum Bundesteilhabegesetz; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.03.2014	142/14
12	Evaluierung des Städtereigion Aachen-Gesetzes	134/14
13	Kenntnisgaben	
13.1	Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für die Erneuerung und Verbesserung der Beleuchtung in den Straßen An der Fauch, Eiche, Klapperstraße und Kreuzstraße	089/14
14	Anfragen und Mitteilungen	
14.1	Genehmigung des Haushaltes 2014 sowie der 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes	
14.2	Kommunalverfassungsbeschwerde	
14.3	Stelle des Beigeordneten/Stadtämmerers	
14.4	Dank	

Nicht öffentlicher Teil

15	Grundstücksangelegenheiten	
15.1	Verkauf eines städtischen Baugrundstücks	097/14
15.2	Verkauf eines städtischen Baugrundstücks	136/14
15.3	Verkauf eines städtischen Baugrundstücks	138/14
16	Errichtung einer 2-gruppigen Kindertageseinrichtung	140/14
17	Lernmittelfreiheit für das Schuljahr 2014/2015	109/14

18	Abschluss eines Stromkonzessionsvertrages	049/14
19	Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH (EwiG)	118/14
20	Anfragen und Mitteilungen	
20.1	Unterrichtung des Rates gem. § 113 Abs. 5 GO NRW	

Öffentlicher Teil

1 Fragestunde für Einwohner

Bgm. Bertram gab bekannt, dass keine Anfragen eingegangen seien.

2 Genehmigung einer Niederschrift

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste folgenden Beschluss einstimmig:

Die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 18.02.2014 wird genehmigt.

3 Planungsangelegenheiten

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt 3 - Planungsangelegenheiten verwies Bgm. Bertram auf die bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 3 Gemeindeordnung.

3.1 1. Änderung des Bebauungsplans 263 – Ringofengelände -, hier: Ergebnis der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss 092/14

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss mit 3 Enthaltungen (UWG) einstimmig:

- I. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 3 (2) BauGB und § 4 (1) und (2) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1 der Verwaltungsvorlage).
- II. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- III. Die 1. Änderung des Bebauungsplans 263 – Ringofengelände – (Anlage 2 und 3 der Verwaltungsvorlage) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4 der Verwaltungsvorlage) als Abschlussbegründung hierzu.

3.2 Bebauungsplan 198 – Südlich Grünwaldstraße -, hier: Ergebnis der erneuten öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss 098/14

RM Widell sprach sich gegen den Beschlussentwurf aus, so lange kein Umweltgutachten vorliege.

Bei 3 Nein-Stimmen (Grüne) und 46 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, UWG, FPU, Linke und Bgm. Bertram) fasste der Rat der Stadt Eschweiler den folgenden Beschluss mehrheitlich:

- IV. Die Stellungnahme der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) und (2) BauGB wird nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1 der Verwaltungsvorlage).

- V. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 3 (2) BauGB, § 4 (1) und (2) BauGB und § 4a (3) BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2 der Verwaltungsvorlage).
- VI. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- VII. Der Bebauungsplan 198 – Südlich Grünewaldstraße – (Anlagen 3 und 4 der Verwaltungsvorlage) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 5 der Verwaltungsvorlage) als Abschlussbegründung hierzu.

3.3 8. Änderung des Bebauungsplans 35 - Lenzenfeldchen -, hier: Ergebnis 101/14 der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss

Bei 16 Nein-Stimmen (CDU, FPU und FDP) und 33 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, UWG, Linke und Bgm. Bertram) fasste der Rat der Stadt Eschweiler den folgenden Beschluss mehrheitlich:

- VIII. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1 der Verwaltungsvorlage).
- IX. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2 der Verwaltungsvorlage).
- X. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- XI. Die 8. Änderung des Bebauungsplans 35 – Lenzenfeldchen – (Anlagen 3 und 4 der Verwaltungsvorlage) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 5 der Verwaltungsvorlage) als Abschlussbegründung hierzu.

4 Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet 277 – Siedlung Wilhelmienstraße – 102/14

RM Gehlen beantragte, den Beschlussentwurf dahingehend zu ändern, dass die zu benennende Straße die Bezeichnung „Sperlichstraße“ erhalten soll. Er erläuterte, dass Frau Sperlich, die Ehefrau des ehemaligen Stadtdirektors Sperlich, mit einer solchen Vorgehensweise einverstanden sei.

RM Waltermann berichtete von einem privaten Kontakt zu Frau Sperlich. Dabei habe Frau Sperlich an den Rat appelliert, die Straße „Bernhard-Sperlich-Straße“ zu nennen, da so keine Missverständnisse entstehen könnten.

RM Schmitz schlug vor, einen Kompromiss zu finden, indem ein zusätzliches Informationsschild über Herrn Bernhard Sperlich unter dem Straßennamen „Sperlichstraße“ angebracht wird.

RM Widell sprach sich für die Vorgehensweise der letzten Jahre aus, die gesamten Namen der Persönlichkeiten zu verwenden.

RM Groß beantragte, dass die zu benennende Straße die Bezeichnung „Bernhard-Sperlich-Straße“ erhalten solle.

Dieser Antrag der CDU-Fraktion wurde mit 26 Nein-Stimmen (SPD) und 25 Ja-Stimmen (CDU, Grüne, FDP, FPU, UWG und Linke) mehrheitlich abgelehnt.

Bei 7 Nein-Stimmen (Grüne, FDP), 2 Enthaltungen (UWG) und 41 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FPU, Linke und Bgm. Bertram), wobei RM Müller sich nicht an der Abstimmung beteiligte, fasste der Rat der Stadt Eschweiler den folgenden Beschluss mehrheitlich:

Die im Rahmen der Umsetzung des Bebauungsplanes 277 – Siedlung Wilhelminenstraße – zu bauende Stichstraße zur Erschließung der Baugrundstücke erhält die Bezeichnung - Sperlichstraße -.

5 Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Gemarkung 115/14
Kinzweiler, Flur 35, Nr. 41 tlw.; hier: Satzungsbeschluss

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Der Erlass der Satzung über die teilweise Aufhebung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Gemarkung Kinzweiler, Flur 35, Nr. 41, wird beschlossen. Der Satzungsentwurf ist Bestandteil des Beschlusses. Gemäß § 2 des Gesetzes über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten (GemAng) vom 09.04.1956 ist die Zustimmung zum Erlass der Satzung bei der Aufsichtsbehörde einzuholen.

6 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Einschränkung der 129/14
Nachtruhe anlässlich der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2014

RM Spies erläuterte, dass durch diesen Beschluss vom Gebot der Nachtruhe abgewichen werde. Es sei zu bedenken, dass es auch viele Bürger anderer Nationen gebe, die nicht berücksichtigt würden. Daher stelle sich für ihn die Frage, ob dies ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz darstelle.

Herr Kamp antwortete, dass ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz nicht bestehe. Es gehe hier darum, dem wohl gerade bei Spielen der Deutschen Nationalmannschaft bestehenden öffentlichen Interesse durch eine allgemeine Regelung nachzukommen. Dieses schließe nicht aus, dass auch bei Beteiligungen anderer Mannschaften eine entsprechende immissionsschutzrechtliche Erlaubnis erteilt werden könne. Eine generelle immissionsschutzrechtliche Genehmigung für alle Spiele der Weltmeisterschaft stehe andererseits dem Ausnahmecharakter der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung entgegen.

RM Widell merkte an, dass es auch Personengruppen gebe, die nicht an Fußball interessiert seien und in diesem Zusammenhang die Nachtruhe beachtet werden müsse.

Bei 3 Nein-Stimmen (Grüne) und 48 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, UWG, FPU, Linke und Bgm. Bertram) fasste der Rat der Stadt Eschweiler den folgenden Beschluss mehrheitlich:

Die als Anlage 1 beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über die Ausnahmen vom Verbot ruhestörender Betätigung während der Nachtzeit in der Stadt Eschweiler anlässlich der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2014 wird erlassen.

7 Fortbestand des Vereins für allgemeine und berufliche Weiterbildung 139/14
e.V. (VABW)

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

1. Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.
2. Der zur langfristigen Sicherung des VABW e.V. zwischen dem VABW e.V. und der Städteregion Aachen ausgehandelten Vereinbarung (Anlage 1) sowie der notwendigen Satzungsänderung beim VABW e.V. (Anlage 2) wird zugestimmt.

8 Änderung in der Geschäftsführung der Strukturförderung Eschweiler 133/14
Verwaltungs-GmbH

RM Schmitz fragte nach, wie lange Herr Kamp noch welche Aufgaben wahrnehmen werde.

Bgm. Bertram erläuterte, dass Herr Röhrig die Geschäftsführung GeTeCe noch bis zum 31.12.2014 übernimmt. Seit 01.04.2014 habe Herr Kamp die Amtsleitung des Amtes für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Tourismus übernommen, die bisher Herr Röhrig inne hatte und Frau Breil die Amtsleitung des Rechtsamtes. Eine weitere Juristenstelle solle ausgeschrieben werden.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss mit 1 Enthaltung (RM Stolz) einstimmig:

Der Städt. Verwaltungsdirektor Dietmar Röhrig scheidet mit Ablauf des 31.03.2014 als Geschäftsführer der Strukturförderung Eschweiler Verwaltungs-GmbH aus.

An seiner Stelle wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt der Lt. Städt. Rechtsdirektor Dieter Kamp zum Geschäftsführer der Strukturförderung Eschweiler Verwaltungs-GmbH bestellt.

Die Bestellung erfolgt unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gesellschaftsgremien.

9 Prüffähiger Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Eschweiler zum 31.12.2013 135/14

RM Gehlen erklärte, dass es eine deutliche Verbesserung gegenüber dem geplanten Wert gebe.

RM Göbbels beteuerte, dass er das geringere Defizit, welches hauptsächlich aus Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer resultiert, als sehr positiv empfinde,.

RM Spies merkte an, dass der Jahresabschluss erstmalig in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist vorliege.

RM Pieta äußerte, dass der Strukturwandel in Eschweiler nicht voran gehe, was Auswirkungen auf die nächsten Jahre habe, sodass der Haushaltsausgleich in 2016 nicht realistisch sei.

Bgm. Bertram wies darauf hin, dass eine große Nachzahlung der Gewerbesteuer erst in 2014 erfolgen werde und diese nicht zu dem insgesamt geringeren Defizit in 2013 geführt habe. Der Strukturwandel werde vollzogen, allerdings werde ein weiteres Gewerbegebiet nicht genehmigt.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Der Rat der Stadt Eschweiler nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Eschweiler zum 31.12.2013 zur Kenntnis.

Zur Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses und der Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters durch den Stadtrat wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 zunächst an den Prüfungsausschuss verwiesen, welcher sich zur Durchführung der Prüfung der örtlichen Rechnungsprüfung bedient.

10 Resolution "Stoppt TTIP"; hier: Antrag von Ratsmitglied Borchardt, Die Linke 137/14

RM Borchardt forderte, dass alle Staaten gleich behandelt werden müssen. Durch mögliche Gewinneinbußen könnten die Unternehmen die Kommunen verklagen. Dabei sei sehr problematisch, dass aus bisherigen Freihandelsabkommen bekannt sei, dass solche Verhandlungen vor geheimen Schiedskommissionen stattfinden. Daher dürfe ein Freihandelsabkommen nicht zustande kommen.

RM Göbbels erklärte, dass durch das Freihandelsabkommen mit den USA Arbeitsplätze geschaffen wurden und die zuvor geschilderten Ausmaße nicht zu erwarten seien.

RM Spies empfand dies als ein sehr komplexes Thema, bei dem die Bürger beteiligt werden sollten.

RM Widell erläuterte, dass der wichtigste Punkt die Sondergerichtsbarkeit sei, da dadurch kein Einfluss mehr möglich sei.

RM Gehlen sah ein solches Freihandelsabkommen als eine Beschränkung der Struktur der Staaten. Es müsse Transparenz bei der Offenlegung von Verhandlungen geben.

Bei 4 Nein-Stimmen (FDP) und 35 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, UWG, FPU, Linke und Bgm. Bertram), wobei sich die CDU-Fraktion nicht an der Abstimmung beteiligte, fasste der Rat der Stadt Eschweiler den folgenden Beschluss mehrheitlich:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt die beantragte Resolution mit folgendem Wortlaut:

1. Der Rat der Stadt Eschweiler spricht sich gegen ein geplantes Transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) aus.
2. Der Bürgermeister wird aufgefordert entsprechend im Städte und Gemeindebund NRW sowie dem deutschen Städte- und Gemeindebund zu beantragen, sich gegen dieses geplante Abkommen zu positionieren und entsprechend sowohl bei der Bundesregierung wie auch bei der EU-Kommission zu intervenieren.

11 Resolution zum Bundesteilhabegesetz; Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.03.2014

142/14

RM Gehlen erklärte, dass eine Entlastung der Kommunen durch den Bund erst in 2017 nicht hinnehmbar sei, sodass die Resolution notwendig sei.

RM Schmitz erläuterte, dass eine Konsolidierung des Bundeshaushaltes erst im nächsten Jahr möglich sei und die geforderte Entlastung der Kommunen nur durch Kreditaufnahmen möglich sei. Er sehe die Resolution als positiv, da es um das Wohl der Stadt Eschweiler gehe, er verspreche sich aber keine Veränderung, da der Bundeshaushalt genehmigt sei.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt die beantragte Resolution mit folgendem Wortlaut:

Der Rat der Stadt Eschweiler fordert die Bundesregierung auf, die Kommunen bereits vor der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes umgehend noch im Jahr 2014 um die zugesagte eine Milliarde Euro zu entlasten.

Die Städte und Gemeinden auch in Nordrhein-Westfalen warten dringend auf ein deutliches und klares Signal angesichts ihrer hohen Verschuldung und ihrer trotz guter Konjunktur angespannten Haushaltslage. Für diese Entwicklung ist insbesondere der hohe Anteil an kommunal nur wenig zu beeinflussenden Kosten der sozialen Sicherung verantwortlich. Die Umsetzung könnte durch eine befristete Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft realisiert werden.

Der Rat der Stadt Eschweiler fordert weiterhin: Die beim Stabilitätspakt und auch mit dem Koalitionsvertrag zugesagten insgesamt fünf Milliarden Euro Entlastung pro Jahr müssen spätestens 2015 die Kommunen erreichen.

Zudem fordert der Rat, dass die Reform der Eingliederungshilfe schnellstens angegangen wird. Die Kommunen sollen diese Aufgabe auch in der Zukunft bürgernah und fachlich kompetent im Sinne der betroffenen Menschen umsetzen und dürfen daher mit den damit verbundenen finanziellen Herausforderungen nicht alleine gelassen werden. Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen müssen aus der Sozialhilfe herausgelöst und in einem Bundesteilhabegesetz, das den Ansprüchen der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht wird, neu geregelt werden. Mit diesem Gesetz muss gleichzeitig

eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe gesichert werden.

Die Zahl der Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf steigt jedes Jahr weiter an; entsprechend wachsen die Kosten dynamisch und in erheblicher Höhe weiter. Eine dynamische Weiterentwicklung der Entlastung ist aber bisher nicht in den Plänen der Großen Koalition erkennbar. Daher fordern wir, dass das Instrument Bundesteilhabegesetz hierzu eine sichere Antwort geben muss, damit die Entlastung der Kommunen nicht durch einen weiteren Kostenanstieg aufgezehrt wird.

12 Evaluierung des Städtereion Aachen-Gesetzes 134/14

Nach ausführlicher Diskussion zu verschiedenen Themen bezüglich der StädteRegion fasste der Rat der Stadt Eschweiler den nachfolgenden Beschluss einstimmig:

Der Rat der Stadt Eschweiler nimmt den Bericht der Stadt Aachen und der Städtereion Aachen zur Evaluierung des Städtereion Aachen-Gesetzes zur Kenntnis (als Anlage zur Verwaltungsvorlage beigefügt) und schließt sich den darin enthaltenen Ausführungen an.

13 Kenntnissgaben

13.1 Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für die Erneuerung und Verbesserung der Beleuchtung in den Straßen An der Fauch, Eiche, Klapperstraße und Kreuzstraße 089/14

Der Rat der Stadt Eschweiler hat den nachfolgenden Sachverhalt zur Kenntnis genommen:

Der nachstehende Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen:

Für den Ersatz des Aufwandes, der für die Durchführung der straßenbaulichen Maßnahmen in den Straßen

- An der Fauch – von Velauer Straße bis Eiche/Klapperstraße –
- An der Fauch – von Eiche/Klapperstraße bis Auf dem Felde –
- Eiche/Klapperstraße
- Kreuzstraße

entstanden ist, sind Beiträge nach den Bestimmungen des § 8 des Kommunalabgabengesetzes NRW (KAG NRW) vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712/SGV.NRW. 610) in der derzeit gültigen Fassung in Verbindung mit der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Eschweiler vom 20.06.2005 zu erheben. Die endgültige Fertigstellung erfolgte am 27.05.2013.

14 Anfragen und Mitteilungen

14.1 Genehmigung des Haushaltes 2014 sowie der 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Die von Herrn Knollmann ausgeführten Anmerkungen zur Genehmigungsverfügung des Städtereionsrates sind als Anlage 1 beigefügt.

14.2 Kommunalverfassungsbeschwerde

Bgm. Bertram erklärte, dass sich die Frage stelle, ob die Stadt Eschweiler sich an der Kommunalverfassungsbeschwerde bezüglich des 9. Kommunalwahlrechtsänderungsgesetzes beteilige. 88 Kommunen seien bereit, Beschwerde einzulegen.

14.3 Stelle des Beigeordneten/Stadtämmerers

Herr Kamp berichtete, dass der unterlegene Mitbewerber die Kommunalaufsicht eingeschaltet, diese die Beschwerde aber zurückgewiesen habe. Daher sei nun ein Klageverfahren im Eilverfahren aufgenommen worden.

14.4 Dank

Bgm. Bertram bedankte sich beim Stadtrat für das Engagement, da einige Ratsmitglieder für die kommende Kommunalwahl nicht mehr kandidieren werden. Er dankte ebenfalls Herrn Knollmann für die Zusammenarbeit.

Es lagen keine weiteren Anfragen und Mitteilungen vor. Daher beendete Bgm. Bertram die Sitzung um 19.41Uhr.